

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2. A. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die halbpalatierte Kolonial-Zeile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.

Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Brüll, Hannover.

Redaktionschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Bekanntmachung.

Der nächste ordentliche Verbandstag soll am 11. Juli in Hannover zusammentreten. Seine Aufgaben werden bestehen in der Festlegung der Richtschnur für das Verbandsleben, in der Regelung der Beiträge und notwendigen Erhöhung der Unterstützungen. Besonders die Streit- und Maßregelungsunterstützung muß erhöht werden. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Anträge auf höhere Unterstützungen bei Lohnkämpfen gestellt werden. Der Vorstand mußte sich bis jetzt auf den Standpunkt stellen, die auf dem letzten Verbandstag beschlossenen Unterstützungen sind mit den Beiträgen in Einklang gebracht worden. Die Erhöhung der ersteren ist unmöglich und undurchführbar ohne eine Erhöhung der letzteren. Der Vorstand hat in Hunderten von Briefen auf die einzige Möglichkeit hingewiesen, zu höheren Streit- und Maßregelungsunterstützungen zu kommen. Das ist: Erhöhung der Lokalbeiträge und Zahlung von Zuschlägen aus lokalen Mitteln. Der größte Teil der Zahlstellen hat diesen Weg beschritten. Eine wirkliche Hilfe ist das aber für die vom Streit betroffenen Zahlstellen nicht gewesen. Auf die Dauer halten diese Belastung nur große, leistungsfähige Zahlstellen aus. Kleinere Zahlstellen sind dazu nicht imstande. Die Finanzierung von Streiks muß Aufgabe des Gesamtverbandes sein. Allerdings werden wir auch in der Zukunft ohne lokale Zuschläge nicht auskommen.

Die in den letzten Monaten eingetretenen Steigerungen aller Unterhaltungskosten sind bis jetzt nur in ungenügender Höhe ausgeglichen durch Lohnzulagen. Lohnbewegungen an allen Orten und in den meisten uns zustehenden Betrieben sind angemeldet, teilweise auch schon im Gange. Das Verlangen nach höherer Streitunterstützung vertieft sich von Tag zu Tag.

Zahlreichen Vorschlägen aus dem ganzen Reich folgend, haben deshalb Vorstand und Ausschuß nach § 10 des Statuts eine

Beitragserhöhung

beschlossen in Höhe von

20 Pf. für weibliche und jugendliche Mitglieder,

30 Pf. für männliche Mitglieder,

35 Pf. für die freiwillige höhere männliche Klasse.

Diese Erhöhung soll am 1. April in Kraft treten; die geänderten Marken werden den Zahlstellen bis zu dieser Zeit zugesandt. Wenn andere Bestellungen nicht kommen, nehmen wir die bisher gelieferten Marken mit den jetzt bestehenden Lokalzuschlägen zur Grundlage und senden jeder Zahlstelle Marken, die um 20, 30 und 35 Pf. höher sind als die zuletzt geführten.

Dafür soll vom 1. März an die Streit- und Maßregelungsunterstützung, einschließlich der Kinderzulage, verdoppelt werden.

Alle anderen Bestimmungen des Statuts und des Streitreglements bleiben vorläufig bestehen.

Die zweifellos notwendige Regelung der anderen Unterstützungen muß dem Verbandstag überlassen bleiben, damit die Mitglieder ihre verschiedenartige Auffassung vertreten und entsprechend beschließen können.

Wir erwarten allseitige Zustimmung zu dieser Ausschreibung.

Eine Beitragserhöhung wäre mit Rücksicht auf die Steigerung aller Ausgaben für Agitation, Zeitung, Verwaltung usw. schon längst notwendig gewesen; der nächste Verbandstag sollte und muß sich damit beschäftigen. Damit können wir bis dahin auch warten. Die Erhöhung der Streitunterstützung ist aber nicht mehr aufschiebbar; sie muß nach dem neuen Sinken des Geldwertes sofort und in einer Höhe erfolgen, die ein notdürftiges Auskommen ermöglicht. Außerdem müssen wir mit den anderen Verbänden einigermaßen wieder auf gleiche Stufe kommen. Das würde durch eine Verdoppelung erreicht. Unsere Beiträge stehen dann auch wieder etwas mehr im Einklang mit den Leistungen anderer Verbände.

Die Erhöhung der Unterstützung wird zweifellos von den tausenden Streitenden in den verschiedensten Verbandsorten freudig begrüßt werden, die nach Erschöpfung der jetzt zahlreichen und besseren Verhandlungsmöglichkeiten zur Erringung einer einigermaßen auskömmlichen Existenz in einen Lohnkampf treten müssen. Ihnen die notwendige Solidarität und Hilfe zu gewähren, ist Aufgabe des Verbandes, der aber wiederum seine Pflicht nur dann durchgreifend erfüllen kann, wenn die Mitglieder die Opferfreudigkeit zeigen, die Ausschuß und Vorstand durch diese Ausschreibung von ihnen erwarten.

Hannover, 31. Januar 1920.

Der Vorstand. J. A.: Aug. Brey.

Weltwirtschaft.

Die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander haben sich seit dem Ausgange des 17. Jahrhunderts stark geändert; man war von der engen Volkswirtschaft fortgeschritten zur weltwirtschaftlichen Verflechtung. Von der engherzigen Auffassung des Merkantilismus des 17. und 18. Jahrhunderts ausgehend, war man zu einem teilweisen Freihandel gelangt, indem die Erkenntnis sich durchgerungen hatte, wie töricht es sei, sich selber das Leben dadurch zu verteuern und zu erschweren, daß man andere Völker hinderte, die Waren einzuführen, die sie gut und preiswert herstellen können, daß es im eigenen Interesse eines jeden Volkes gelegen sei, eine internationale Arbeits- und Produktionssteigerung eintreten zu lassen, daß man sich nur selber schädige, wenn man einen Markt der Einfuhr aus anderen Ländern verschließt. Zwar setzte sich ein völliger freier Handel niemals durch, aber der Grad der weltwirtschaftlichen Verflechtung der Völker nahm doch bis zum Weltkrieg fortwährend zu. In seinem lehrreichen Buche „Der moderne Sozialismus“ (Berlin 1919, Ullstein) zeigt Ludwig Quessel unter anderem, wie erheblich wir in Deutschland von der Zufuhr fremder Nahrungsmittel abhängen. Wir erhielten im Jahre 1913 folgende Mengen pflanzlicher Nahrungsmittel aus der Weltwirtschaft zugeführt:

	Doppelzentner (100 kg)	Davon entfielen auf jede Haushaltung (5 Personen)
Brotgetreide	8 402 000	64 kg
Buchweizen	271 000	2 "
Kartoffeln	449 000	3 "
Hülsenfrüchte	2 000 000	15 "
Gemüse	2 706 000	20 "
Obst	6 455 000	49 "
Pflanzenfett	2 533 000	19 "
Reis	2 933 000	22 "
Erdfrüchte	2 987 000	22 "
Kaffee, Kakao, Tee	2 138 000	16 "
zusammen:	30 874 000	232 kg

Zu den Nahrungsmitteln aus dem Pflanzenreich kam nun aber noch eine beträchtliche Nahrungsmenge tierischen Ursprungs, die uns 1913 aus der Weltwirtschaft zuzug. Im einzelnen ergeben die Zufuhren von Erzeugnissen der ausländischen Viehwirtschaft, an der fast alle Länder der Erde beteiligt sind, für 1913 folgende Ziffern:

	Doppelzentner (100 kg)	Davon entfielen auf jede Haushaltung (5 Personen)
Fleisch und Geflügel	627 800	4 kg
Fette tierischen Ursprungs	1 794 500	13 "
Milch und Milchprodukte	1 360 200	10 "
Eier, Eigelb und Eiweiß	1 702 600	13 "
zusammen:	5 485 100	40 kg

Schon allein der Menge nach betrachtet, sagt Quessel, hat die weltwirtschaftliche Versorgung jeder Haushaltung mit 544 Pfund Nahrungsmitteln pflanzlichen und tierischen Ursprungs große Bedeutung. Diese steigt sich aber noch, wenn wir unsere Blicke auf deren Qualität lenken. Ein erheblicher Teil davon besteht aus Nährstoffen, für die uns die Nationalwirtschaft überhaupt keinen vollwertigen Ersatz schaffen kann. Es sei nur auf die Pflanzen- und Tierfette hingewiesen, von denen jede Haushaltung 64 Pfund jährlich durch den auswärtigen Handel zugeführt erhielt. Die Fleischzufuhr war unmöglich wegen der Handhabung der sanitätspolizeilichen Vorschriften, aber für unsere Fleischversorgung sehr wichtig waren die 7,4 Millionen Tonnen zumeist hochwertiger Futtermittel, mit denen uns die Weltwirtschaft 1913 versorgte.

Diese weltwirtschaftliche Verflechtung der Völker betrachtet Quessel als Hindernis der Sozialisierung, weil eine sozialistische Produktion nach seiner Auffassung lediglich auf die Deckung des Eigenbedarfs gerichtet sein dürfte; denn sobald ein sozialistisches Gemeinwesen Ueberschüsse für die Weltwirtschaft produziere und dafür das eintauche, was es in seinem Gebiet nicht erzeugen kann, würde es allen Schwierigkeiten des freien Wettbewerbes, des Produzierens für ausländische Verbraucher, allen Gefahren der Uebersproduktion, der Krisen usw. ausgesetzt.

Verzichten auf den Weltverkehr der Güter würde aber nicht viel weniger bedeuten als Rückkehr zu Zuständen, wie sie vor vielen Jahrhunderten herrschten, denn kein Volk ist imstande, auf sich selbst gestellt, ein derart auskömmliches Leben zu führen, wie wir es in der Neuzeit bis zum Kriegsausbruch gewohnt waren. Doch ist nicht einzusehen, warum der Grundsatz für alle Ewigkeit gelten soll, daß die sozialistische Produktion nur der Deckung des eigenen Bedarfs dienen dürfe, warum Angehörige einer sozialistischen Gemeinschaft nicht Gütertausch mit anderen Gemeinschaften treiben sollen. Hielte man sich an ihn, so dürfte doch auch keine einzelne sozialistische Gemeinde von ihren Produkten einer anderen abgeben! Sozialismus und Weltwirtschaft sind ganz gut vereinbar, nur dürfen für diese nicht die Auffassungen des Merkantilismus gelten, die dahin gehen, daß man in dem anderen Volke nur noch den Handelsribalen, den unbehaglichen Konkurrenten sieht, den es gilt niederzuringen, möglichst auszuschließen vom Weltmarkt Wettbewerb, da sein Vorteil auf Kosten des eigenen gehen könne. Ihren Gipfelpunkt fand diese merkantilistische Auffassung in dem „Imperialismus“, der die Ausschließlichkeit der Handels Herrschaft letztlich in der ganzen Welt erstrebt. Gerade diese imperialistischen Neigungen der modernen Industriestaaten trugen viel bei, daß der Weltkrieg kommen konnte. Künftig muß sich die Erkenntnis Bahn brechen, daß in der Weltwirtschaft der Gewinn des einen Volkes nicht auf Kosten des anderen zu gehen brauche, sondern daß die Völker gegeneinander angewiesen sind, daß das Wohlergehen des einen zumeist auch die Quelle des Reichtums des anderen sei, ja, daß je reger die Austauschbeziehungen sind, je inniger die weltwirtschaftliche Verflechtung der Völker untereinander, desto größer auch der Vorteil ist, den jedes Land von dem Verkehr mit anderen Ländern hat.

Wie kann man das Existenzminimum berechnen?

Von Dr. R. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Diese Frage läßt sich aus tausend Gründen einwandfrei nicht beantworten. Hier soll ein möglichst einfacher Weg gezeigt werden, der annähernd zum Ziele führt.

Die wichtigste Rolle im Haushalt des Minderbemittelten spielt die Ernährung. Wie die Wärme nach Grad gemessen wird, so wird die Nahrung nach Kalorien gemessen. Es braucht nun täglich nach Jung:

ein Kind unter 1 Jahr	600 Kalorien
" " von 1 bis 2 Jahren	900 "
" " " 2 " 5 "	1200 "
" " " 5 " 10 "	1500 "
" " " 10 " 15 "	2250 "
eine weibliche Person über 15 Jahre	2400 "
eine männliche Person von 15 bis 60 Jahren	3000 "
eine männliche Person über 60 Jahre	2700 "

Es enthält aber:

1 Kilogramm Schmalz, Del	rund 9000 Kalorien
1 " Butter, Margarine	7500 "
1 " Speck, geräuchert	6000 "
1 " Zucker	4000 "
1 " Mehl, Nährmittel, Teigwaren, Reis, Honig, fettes Fleisch	3200 "
1 " Hülsenfrüchte	2600 "
1 " Brot, Marmelade	2400 "
1 " Quark, mageres Fleisch, Salzheringe	1200 "
1 " Kartoffeln, frische Fische	750 "
1 Liter Vollmilch	650 "
1 Kilogramm frisches Obst	500 "
1 " frisches Gemüse	300 "

Um nun das Existenzminimum unter heutigen Verhältnissen zu berechnen, muß man von den rationierten Mengen ausgehen. Nehmen wir als Beispiel folgende Vorgenration:

Nahrungsmittel	Menge Gramm	Kalorien	Preis RM.
Brot	2250	5640	2,76
Teigwaren	250	800	0,45
Hülsenfrüchte	500	1300	3,50
Kartoffeln	1000	750	0,50
Rindfleisch	250	300	2,25
Butter	20	150	0,56
Margarine	70	525	1,02
Zucker	175	700	0,36
Marmelade	125	300	0,81
Zusammen		10 465	12,21

Diese Vorgenration von 10 465 Kalorien würde für ein Kind von 5 bis 10 Jahren ausreichen, da solch ein Kind wöchentlich 1500 x 7 = 10 500 Kalorien benötigt. Man würde also den Mindestbedarf für die Ernährung eines Kindes von 5 bis 10 Jahren in der betreffenden Stadt auf wöchentlich 12,20 Mark ansetzen können. Eine Frau braucht 2400 x 7 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Nährwert von 16 800 - 10 465 = 6335 Kalorien hinzukaufen. Wie kann sie das am billigsten tun? Um dies festzustellen, muß man zunächst berechnen, was je 1000 Kalorien außerhalb der öffentlichen Verteilung, also im freien Handel oder

im Schleichhandel, kosten. Zu diesem Zweck wird man sich eine Auffstellung etwa nach folgendem Muster machen:

Table with 3 columns: Nahrungsmittel, Preis für 1 Kilogramm, Preis für 1000 Kalorien. Items include Schmalz, Butter, Margarine, Speck, Graupen, Reis, fettes Fleisch, Marmelade, Quark, Salzheringe, Schellfisch, frisches Obst, frisches Gemüse.

Am billigsten sind Graupen, da hier 1000 Kalorien nur 1 Mk. kosten, und man könnte vielleicht zunächst daran denken, den ganzen Fehlbetrag von 6335 Kalorien durch Graupen zu decken.

Table with 3 columns: Nahrungsmittel, Kalorien, Preis. Items: 700 Gramm Graupen, 5000 " Gemüse, 500 " Marmelade, 250 " Reis, 500 " Salzheringe.

Für den Mindestnahrungsbedarf der Frau wären also 12,21 + 13,49 = 25,70 Mk. anzusetzen. Ein Mann benötigt wöchentlich 3000 x 7 = 21.000 Kalorien.

Table with 3 columns: Nahrungsmittel, Kalorien, Preis. Items: 1000 Gramm Obst, 500 " Quark, 250 " Schmalz, 250 " fettes Fleisch.

Für den Mindestnahrungsbedarf des Mannes wären also 25,70 + 22 Mk. = 47,70 Mk. anzusetzen. Das Existenzminimum von Nahrungsmitteln würde mithin in der betreffenden Stadt z. B. für eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von 5 bis 10 Jahren 47,70 + 25,70 + 12,20 + 12,20 Mk. = 97,80 Mk. betragen.

Für Wohnung wird man für Alleinstehende und für Familien bis zu vier Köpfen den Mietpreis einer Wohnung von Stube und Küche, für Familien von fünf und mehr Personen den Mietpreis einer Wohnung von zwei Stuben und Küche als Existenzminimum einzusetzen haben.

Für Bekleidung läßt sich sehr schwer ein Maßstab angeben. Man wird vielleicht der Wahrheit nahe kommen, wenn man als Mindestbedarf für Anschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche beim Mann wöchentlich den dreizehnten Teil des Bruttonetto von einem neuen Anzug und einem Paar neuer Stiefel rechnet.

Hat man den Mindestbedarf für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung ermittelt, so wird man auf die Summe noch einen Aufschlag von etwa 25 Prozent für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehe, Steuern, Beiträge usw.) machen müssen.

Gegen Arbeitslosenuntersützung und Achtstundentag.

Das ist die Unterbrechung mit dem Achtstundentag nur ungern abzugeben und als Folge des Achtstundentags den Anreiz der anderen Industrie zu beschaffen, ist bekannt. Es gibt eben Kapitalisten, die sich gegen den Achtstundentag zu wehren.

Man der Arbeiter der will, geht aus den hier folgenden Sätzen hervor. Es ist nicht anders:

Erst wenn die Prämiierung des Arbeiters durch die bayerische Arbeitslosenunterstützung befristet wird, erst wenn der Fautenzer, der Staatschmaroger, durch eine wirtschaftliche Entlassungsmöglichkeit belohnt wird, können wir hoffen, daß der Arbeiter den notwendigen Lebensunterhalt findet und der Lohnfall, womit erst eine Erleichterung der Lebensunterstützung und damit aller Preise herbeigeführt wird, also auch der Mietpreise und Konsumpreise.

Also da haben wir es: die Verminderung der täglichen Arbeitszeit trägt die alleinige Schuld an unserem Wirtschaftselend. Der Arbeitslosenunterstützungsbereiter ist ein Fautenzer, Staatschmaroger, der durch eine wirtschaftliche Entlassungsmöglichkeit, soll heißen Gefängnis und Buchshaus, belohnt werden soll.

Der Arbeiter hat kein Recht, neben Arbeiter auch Mensch zu sein. Weil Kriegsgewinnler und Kriegsgewinnler unser Wirtschaftsleben zugrunde gerichtet und damit Arbeitslosigkeit für ungezahlte Arbeiter vernichtet haben, will der Arbeitsschreiber, der diesen Kreislern jedenfalls sehr nahe steht, jeden Arbeitslosenunterstützungsbereiter hinter schwebende Gardinen bringen.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Durch die am 1. Januar 1920 von der Nationalversammlung beschlossenen Abfertigungsprämien für Karo- und Brozereale an die Soldaten werden die notwendigen Lebensmittel des Arbeiterhaushalts erheblich verteuert.

Der Arbeitgeberverband der Kali-Industrie hat sich ebenfalls schon mit dieser Frage beschäftigt; denn in der „Industrie“, Fachzeitschrift für Kohlen, Kali und Erzbergbau, lesen wir in Nr. 2 darüber folgendes:

Der Arbeitgeberverband der Kali-Industrie beriet in der Lage über eine vom Zentralverband der Zentralarbeitsgemeinschaft in der Kali-Industrie beschlossene Maßnahme von der Regierung unterjährig zu verlangen, die notwendig eingetragene Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel auf die Arbeitgeber zu übertragen, da sie von den Arbeitern und Angestellten nicht getragen werden kann.

Der Arbeitgeberverband der Kali-Industrie hat sich ebenfalls schon mit dieser Frage beschäftigt; denn in der „Industrie“, Fachzeitschrift für Kohlen, Kali und Erzbergbau, lesen wir in Nr. 2 darüber folgendes:

Man der Arbeiter der will, geht aus den hier folgenden Sätzen hervor. Es ist nicht anders:

Papier-Industrie

Sitzung des Tarifamts der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie

Gegenwärtig als Arbeitgebervertreter die Herren: Goßwein, Heide, Schmalzer, Dr. Schuchardt, Lehmann, als Arbeitnehmervertreter die Herren: Steinmann, Herrling, Müller, Brede.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Cellulosefabrik Fuda in Koblhaus b. Fuda auf Erhöhung in eine niedrigere Ortsklasse wird abgelehnt.

Es wird über den Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern auf Erhöhung in Ortsklasse C verhandelt.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Das Tarifamt fällt folgenden Spruch: Der Antrag der Papierfabrik Rosenhal u. Co. in Nattenbach i. Bayern betreffend Erhöhung in Ortsklasse C des bayerischen Tarifvertrages wird abgelehnt.

Die Parteien verhandeln zur Sache.

Zucker-Industrie

Tagung des Zentralschlichtungsausschusses.

Ueber einige Bestimmungen im Reichsrahmentarif für die rübenverarbeitenden Zuckerrübenfabriken waren unter den Beteiligten Unstimmigkeiten entstanden.

Behandlung und Bezahlung der Sonntagsarbeit während der Betriebszeit.

Als Sonntagsarbeit gilt auch während der Betriebszeit die Zeit von Sonntag morgen 6 Uhr bis Montag morgen 6 Uhr.

Der Vertrag gibt ein Anrecht auf Urlaub für das Jahr 1919. Denjenigen Arbeitnehmern, die diesen Urlaub noch nicht erhalten haben, ist derselbe bis spätestens 1. April 1920 nachzugewähren.

Berechnung der Kriegsjahre bei Gewährung des Urlaubs.

Bei Kriegsteilnehmern wird bei der Berechnung der Arbeitsjahre für den Urlaub auch die Zeit, welche der Betreffende in kriegswichtigen Betrieben als Reklamierter gearbeitet hat, nicht als Unterbrechung der Arbeitszeit angesehen.

